Jahrbuch Lateinamerika 28 beschäftigt sich mit Weltbildern und Bilderwelten, mit Kultur und Politik der Medien und ihren Mitteln: Presse, Fernsehen und Kino, Internet und Fotografie. Wie produzieren Medienleute in Lateinamerika Öffentlichkeit, wer bringt welche Bilder in Umlauf und warum? Berichtet wird von mächtigen Medienkonzernen, die Bildschirme und Zeitungen in Lateinamerika beherrschen und nicht selten in Verbindung zur politischen Macht stehen, über unabhängige Kinomacher bis zu indigenen Fotografen. Der Blick hinter die Kulissen lohnt, z.B. auf die gerne als Volksverdummung denunzierte telenovela. Deutlich wird, dass »die Medien« nie eindeutig sind: Mediale Öffentlichkeit ist ein Markt, auf dem es um Geld und Rating geht, aber auch eine wichtige Arena für kulturelle und politische Demokratisierung.

9 783896 915795

ISBN 3-89691-579-7

28

Jahrbuch Lateinamerika

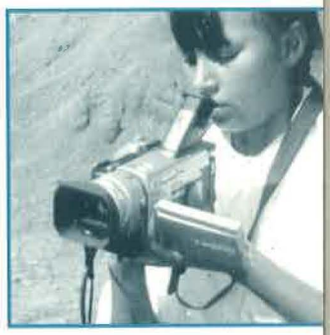
Medien und ihre Mittel

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

JAHRBUCH Lateinamerika

28 Medien und ihre Mittel

Analysen und Berichte



Bibliographische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliograpfische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

1. Auflage Münster 2004
© 2004 Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster
Alle Rechte vorbehalten
Umschlag: Lütke · Fahle · Seifert, Münster
Druck: Rosch-Buch Druckerei, Scheßlitz
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
ISBN 3-89691-579-7

Inhalt

Editorial
Medien und ihre Mittel 7

Sérgio Costa
Der Kampf um Öffentlichkeit:
Begriffe, Akteure, politische Dynamiken 13

Rafael Otano und Guillermo Sunkel
Chile: Die Freiheit der Journalisten in den Medien 32

Bettina Bremme
„Extremsituationen regen sehr zum Erzählen an"
Das lateinamerikanische Kino: Kreativität inmitten von
Krisen und Aufbrüchen 51

Anne Huffschmid
Eine andere Art zu sehen?
Die Camaristas aus Chiapas 67

Gisela Klindworth
„Das ist ja wie in der Telenovela!"
Lateinamerikanische Serien als Märchen
der modernen Welt 85

Bert Hoffmann
Zwischen Exklusion und Demokratisierung:
Internet und Öffentlichkeit in Lateinamerika 101

Resúmenes 119

Summaries 122

Länderanalysen 125

Gaby Weber
Argentinien: Ein Land in Wartestellung 126

Wolfgang Gabbert
Belize: Eine (fast) lautlose Revolution 135

Anne Piepenstock, Gonzalo Vargas und Ulrich Goedeking
Vom Musterland zum Volksaufstand
Die Krise des neoliberalen Modells in Bolivien 142

Imme Scholz
Brasilien: Ein Jahr Regierung Lula 154
Vorsichtige Reformen und viel Kontinuität

Alberto Acosta
Ecuador: Der rasche Wandel eines Hoffnungsträgers 166

Enrique Dussel Peters
Mexiko: Fox im Wunderland - oder Krise *as usual?* 175

Margarita López Maya
Venezuela 2002-2003: Konfrontation und Gewalt 187

Editorial: Medien und ihre Mittel

Über Medien und ihre Mittel zu reden heißt, über Demokratie zu reden. Wenn in der *res publica* die „öffentliche Sache" verhandelt werden soll, dann braucht diese Kommunikation, um öffentlich zu sein. Wenn alle Macht vom Volke ausgehen soll, dann gehören qualifizierte Information und selbstbestimmte Artikulation zu grundlegenden staatsbürgerlichen Rechten. Und wenn das demokratische Basisprinzip des „ein Mensch - eine Stimme" auch hier gelten soll, dann müssten - schon müssen wir in den Konjunktiv wechseln - auch bei der Verhandlung dieser öffentlichen Sache alle Stimmen gleichermaßen Gehör finden können.

In der Realität, zumal der lateinamerikanischen, werden diese Postulate freilich von den autoritären Zumutungen der Mächtigen genauso überlagert wie von den Machtstrukturen und Exklusionsmustern, die Wirtschaft und Gesellschaft durchziehen. Dies gilt, auch wenn die klassische Abhängigkeit des Südens vom Norden auf den ersten Blick überwunden scheint: Brasiliens „Globo"-Gruppe oder Mexikos „Televisa" sind längst *global players* des Weltmedienmarktes geworden, die strategische Allianzen mit US-Unternehmen schmieden, um den wachsenden Markt der Latinos in den USA zu erobern und deren *telenovelas* - wie etwa die brasilianische Serie mit dem trostvollen Titel „Auch die Reichen weinen!" - noch im post-sozialistischen Russland zum Quotenhit avancieren.

In Lateinamerika selbst sind die großen Medienkonzerne politische Machtfaktoren allererster Ordnung. In Brasilien nimmt allein „Globo" mehr als 70 Prozent aller Ausgaben für Fernsehwerbung ein und hält mehr Marktanteile als alle Mitbewerber zusammen. In Mexiko musste der TV-Gigant „Televisa" sein langjähriges, unter dem PRI-Regime wohlgeschmiertes Quasi-Monopol inzwischen mit „TV Azteca" teilen - von pluralistischer Medien- und Meinungsvielfalt ist dieses Duopol gleichwohl Lichtjahre entfernt.

Lateinamerikas Herren über Fernsehen, Radio und Presse leben in enger Symbiose mit den wirtschaftlichen und politischen Eliten. Für die Nachrichten, die sie senden, filtern und kommentieren greift der Satz des US-amerikanischen Medienwissenschaftlers Danny Schechter „*The more you watch, the less you know*"[1] in oft erschreckender Form. Die offene staatliche Zensur, die während der Zeit der Militärdiktaturen in den meisten Ländern des Kontinents die Arbeit der Medien massiv und gewaltsam beschnitt, ist einem sehr viel komplexeren und subtileren Zusammenspiel von Markt- und Machtstrukturen gewichen.

1 Danny Schechter (1998): The More You Watch, The Less You Know; New York.

Linke Kräfte und Basisbewegungen schwimmen hier bei ihren Versuchen, sich in der öffentlichen Sphäre Gehör zu verschaffen, allenthalben gegen den Mainstream der dominanten Medien an. Dieser „Kampf um die Öffentlichkeit" geht für die sozialen Akteure zuallererst darum, in ihren Anliegen gesehen und gehört, wahrgenommen und als legitim anerkannt zu werden, um von dieser Grundlage aus Druck auf politische Entscheidungsprozesse entwickeln zu können, woran uns *Sérgio Costa* in seinem einleitenden Beitrag für diesen Band erinnert. Während der klassische Prozess des lateinamerikanischen *nation-building* den Nationalstaat als zentralen Kommunikationsrahmen für die Herausbildung einer homogenen Nationalidentität postulierte, haben sich in den vergangenen Jahrzehnten vielfältige *new publics* etabliert, die - sei es aus Sicht von Frauen oder von lokalen Gemeinschaften, von ethnischen Minderheiten oder von Homosexuellen - die gleichberechtigte Anerkennung jener Positionen und Lebensentwürfe einfordern, die von der *mainstream*-Konzeption nationaler Identität verdrängt oder ausgeblendet werden.

Für die politischen Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika hatten die Medien vielfach große Bedeutung. In Argentinien etwa waren es Zeitungen wie die neu gegründete *Página/12*, die nach dem Ende der Diktatur in den achtziger Jahren auf einer Auseinandersetzung mit den autoritären Erbschaften in Politik und Gesellschaft sowie der moralischen und rechtlichen Aufarbeitung der Verbrechen der Militärs bestand - und die in den neunziger Jahren die Aushöhlung der Demokratie durch die neoliberale Korruptokratie Menems anprangerte. Auch in Mexiko spielte die Presse, allen voran die ebenfalls neu gegründete *La Jornada*, eine zentrale Rolle für die politische Öffnung und trug erheblich dazu dabei, den eisernen Griff der PRI auf mediale Deutungshoheit, Wahlergebnisse und Machtausübung zu durchbrechen[2]. Wenn *La Jornada* bis heute den Verlautbarungen der zapatistischen Guerilla eine verlässliche Publikationsmöglichkeit bietet, dann ist auch dies ein Indiz dafür, wie weit sich das politische Meinungsspektrum, das in der öffentlichen Debatte Gehör finden kann, erweitert hat.

Wie wenig dies allerdings verallgemeinerbar ist, zeigt der Fall Chile, den *Rafael Otano* und *Guillermo Sunkel* in diesem Band untersuchen. Ein gesellschaftskritischer Journalismus, wie er am Ende der Pinochet-Diktatur von der Opposition geleistet wurde, ist in der chilenischen Presse heute kaum noch zu finden. So paradox es klingen mag, so ist es im Zuge jenes Prozesses, der die Demokratisierung der Gesellschaft zum Ziel haben sollte, im Vergleich zu den letzten Jahren der Militärherrschaft zu einer Einschränkung der ideologischen und kulturellen Vielfalt der Medien gekommen, so die ernüchternde Bilanz der Autoren.

2 Eine aktuelle Analyse dieses Prozesses sowie eine Reihe weiterer lesenswerter Aufsätze zu Lateinamerikas „Medien und ihren Mitteln" finden sich in der Januar/Februar 2004-Ausgabe der US-amerikanischen Lateinamerika-Zeitschrift „NACLA", die, in Seelenverwandtschaft zu diesem Jahrbuch, „Media in the Americas" zum Schwerpunktthema hat.

Spätestens an dieser Stelle ist gleichwohl davor zu warnen, den Blick nur auf die großen und etablierten Massenmedien wie Zeitungen und Fernsehen zu reduzieren. Gerade lokale Radiosender haben eine oft unterschätzte Bedeutung für die Kommunikation und Artikulation der ökonomisch und sozial marginalisierten Bevölkerung. Für ethnische Minderheiten erweist sich das lokale Radio dabei oft als das einzige wirklich interkulturelle Medium. Nicht nur wird dort mit sehr viel größerer Selbstverständlichkeit als in anderen Medien in der Sprache der indigenen Gemeinde gesendet, sondern diese ist über ihre kommunalen Strukturen, vielfach aber auch ganz direkt in Form etwa der so genannten *„reporteros empíricos"* oder *„reporteros campesinos"* aktiv an der Gestaltung des Programms beteiligt. Auch diese Medien ethnischer Minderheiten sind freilich keineswegs nur basisdemokratische Bewegungen mit per se fortschrittlichen Inhalten. Den spektakulärsten Fall in dieser Hinsicht bietet sicherlich Bolivien: In den achtziger und neunziger Jahren wurden dort ein Radio- und ein Fernsehsender zum Trampolin für den beispiellosen politischen Aufstieg seines Machers, Carlos Palenque, der mit paternalistischem Aymara-Populismus zu einem gewichtigen - und kaum „links" zu nennenden - Machtfaktor im Land wurde.[3]

Ein auf die klassischen „Massenmedien" verengtes Verständnis lässt darüber hinaus nur kulturelle Ausdrucksformen, sondern auch die alltäglichen dezentralen Kommunikationsnetze der Bevölkerung außen vor. Das Bild, das sich die Lateinamerikaner von sich und von der Welt machen, ist ja kein nur über „Massenmedien" vermitteltes. Das USA-Bild der Kubaner etwa wird eben nicht nur von der Parteizeitung „Granma" auf der einen und Washingtons Propaganda-Sender „Radio Martí" auf der anderen Seite geprägt, sondern genauso (oder mehr noch) durch die zahllosen Telefonate, Briefe und Erzählungen der in die USA emigrierten Verwandten, Freunde und Nachbarn - jene massenhafte „one-to-one"-Kommunikation, die kaum ins Blickfeld der Medienforschung fällt.

Ganz anders stellt sich dies im Fall des Films dar. Er ist allenthalben als klassisches Massenmedium anerkannt, auch wenn ein Großteil der lateinamerikanischen Filmproduktion kaum mehr als ein recht überschaubares Publikum in den städtischen Mittelschichten ihrer Länder erreicht. Doch Kino hat - wie alle Künste - eine Tiefenwirkung, die weit über das direkte Publikum hinaus gehen. So wurde der Aufbruch des „Neuen Lateinamerikanischen Films" in den sechziger und siebziger Jahren zu einem Brennglas für das neue Selbstverständnis des Kontinents, auch wenn viele seiner wegweisenden Filme keine großen Publikumserfolge wurden. In Brasilien etwa ist Glauber Rocha längst in den Pantheon kultureller Nationalhelden aufgenommen, auch wenn seine epischen, in Schwarz-Weiß gedrehten Film-Klassiker wie „Terra em Transe" nie zu Schlangen vor den Kinosälen führten.

3 Palenque starb 1997 an einem Herzinfarkt; mit seinem Tod fiel auch seine politische Organisation CONDEPA weitgehend in sich zusammen. Zum Aufstieg Palenques s. Archondo, Rafael: Compadres al micrófono: La resurrección metropolitana del Ayllu. La Paz: Hisbol, 1991

und die Regierung hat einen konfusen Prozess von Privatisierungen eingeleitet. Die wiederholt geäußerte Bewunderung für die progressiven Regierungen der Region, seine Angriffe auf den Neokolonialismus und den nordamerikanischen Militärstützpunkt in Manta, der nach seinen Aussagen die Souveränität beflecke, all das hat sich nach dem Amtsantritt ins Gegenteil verkehrt. So hat Gutiérrez nur wenige Stunden bevor George W. Bush den Krieg gegen den Irak erklärte, der Regierung in Washington öffentlich seine Unterstützung zugesichert. Von seinem Glauben an eine lateinamerikanische Integration von Gleichen in einer Union des mestizischen Amerika vom Rio Grande bis Feuerland ist ebenfalls nichts geblieben. Vielmehr versucht der Präsident nun verzweifelt, ein bilaterales Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten zu erreichen.

Die Hoffnung der Wähler auf einen politischen Wechsel wurde schnell enttäuscht. Die Regierung des Obersten hat nicht einmal versucht, das Ruder herumzureißen, und weil sie es nicht getan hat, werden viele weiter leiden, nicht nur weil sich die sozialen und wirtschaftlichen Restriktionen infolge der neoliberalen Politik weiter verstärken werden, sondern auch, weil ihre Realisierung zunehmend autoritäre Maßnahmen erforderlich machen wird.

Aus dem Spanischen von Elke Inders und Wolfgang Gabbert

Frühere Beiträge zu Ecuador im Lateinamerika-Jahrbuch:

Jürgen Eckel, Ecuador: Gefährliche Beziehung - Gewerkschaften und regierende Sozialdemokratie, in: Lateinamerika, Analysen und Berichte Band 14, Vom Elend der Metropolen, Junius Verlag Hamburg 1990

Erwin H. Frank, Geschichte und Utopie: Die indianistische Bewegung in Ekuador, in: Lateinamerika, Analysen und Berichte Band 16, Die Wilden und die Barbarei, LIT Verlag Münster und Hamburg 1992

Wolfgang Schmidt, Ecuador oder Wie der Ölreichtum sich in Armut verwandelt, in: Lateinamerika, Analysen und Berichte Band 17, Markt in den Köpfen, Horlemann Verlag Bad Honnef 1993

Elisabeth Schumann, Ecuador: Zurück zur Regierbarkeit!?, in: Lateinamerika, Analysen und Berichte Band 22, Die Macht und die Herrlichkeit, Horlemann Verlag Bad Honnef 1998

Javier Ponce, Ecuadors tiefste Krise und größte Chance, in: Jahrbuch Lateinamerika, Analysen und Berichte Band 24, Geschlecht und Macht, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2000

Javier Ponce, Ein Land als Versuchskaninchen. Dollarisierung in Ecuador, in: Jahrbuch Lateinamerika, Analysen und Berichte Band 25, Beharren auf Demokratie, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2001

Javier Ponce, Ecuador: Völlig neue Gesichter und alte Probleme, in: Jahrbuch Lateinamerika, Analysen und Berichte Band 27, Unsere amerikanischen Freunde, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2003

Enrique Dussel Peters

Mexiko: Fox im Wunderland – oder Krise *as usual*?

Als „wunderbares Land" hatte Präsident Fox Mexiko nach Ablauf der ersten Hälfte seiner sechsjährigen Amtszeit bezeichnet, ungeachtet der Kritik aus allen politischen Lagern zur anhaltenden Krisenstimmung im Lande. Kurz darauf, im Frühjahr 2004, spitzte sich die politische Konjunktur weiter zu. Die drei wichtigsten politischen Parteien -PAN (*Partido Acción Nacional*), PRD (*Partido de la Revolución Democrática*) und PRI (*Partido de la Revolución Institucional*) trugen ihre seit langem schwelenden internen Auseinandersetzungen nun - nicht zuletzt durch das Bekanntwerden diverser Korruptionsskandale - in aller Öffentlichkeit aus. In der PRI ist die Spaltung zwischen der Fox-nahen Elba Esther Gordillo, als stellvertretende Parteivorsitzende die zweitwichtigste Figur an der PRI-Spitze, und dem Parteichef Roberto Madrazo kaum noch aufzuhalten. In der PAN hält „Martita", die Ehefrau von Präsident Fox, seit mehr als sechs Monaten trotz allen PAN-internen Unmuts und trotz verschiedener Skandale um ihre private Sozialstiftung „Vamos México" an ihrer Absicht fest, für die Präsidentschaft zu kandidieren. Unterdessen ist der wohl mächtigste *panista*, der Rechtsanwalt und Fraktionsvorsitzende der PAN Diego Fernández de Cevallos, im Senat von Seiten seiner eigenen Partei schweren Vorwürfen ausgesetzt. Von Korruption ist die Rede und von Interessenkonflikten zwischen politischen Ämtern und der Tätigkeit Fernández de Cevallos als Rechtsanwalt, unter anderem in der Verteidigung von Drogenbaronen.

Auch bei der PRD stehen seit Anfang März Korruptionsvorwürfe im Vordergrund und sind sogar per Video zu verfolgen: Der Finanzbeauftragte von Mexiko-Stadt sowie einer der wichtigsten Berater des Bürgermeisters Andrés Manuel López Obrador, René Bejarano, der die landesweite Kampagne für dessen Präsidentschaftskandidatur organisierte, wurden dabei gefilmt, wie sie Bestechungsgelder - buchstäblich - in ihre Taschen steckten. Auch der Vorsitzende der viertgrößten Partei Mexikos, der *Partido Verde Ecologista Mexicano* (PVEM), wurde dabei gefilmt, wie er einem Unternehmer für zwei Millionen US-Dollar ein Tourismusprojekt, trotz ökologischer Bedenken, im Süden Mexikos zusicherte und zudem auf Staatskosten bei einer dreitägigen Rei-

Dr. Enrique Dussel Peters arbeitet als Ökonom an der Universidad Nacional Autónoma de México.

Jahrbuch Lateinamerika. Analysen und Berichte, Band 28, Medien und ihre Mittel, 2004, S. 175-186

se mehrere Zehntausende von Euro für Discotheken und Frühstücksbuffets ausgab. Die Effekte dieser politischen „videonovela" sind noch nicht abzusehen. López Obrador, den einige schon als „mexikanischen Lula" sahen, war als populärster Politiker Mexiko der wohl aussichtsreichste Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 2006. Umfragen zufolge hat er durch das Fehlverhalten seiner Mitarbeiter schon jetzt schwerwiegende Einbußen in seinem öffentlichen Ansehen hinnehmen müssen.

Die versprochenen Zielsetzungen des „Wechsels", mit denen die Fox-Regierung im Dezember 2000 das Amt übernommen hatte, sind bisher von ihrer Umsetzung weit entfernt: Sieben Prozent Wachstum im Jahr hatte Fox seinen Wählern versprochen - zwischen 2001 und 2003 ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Schnitt um gerade 1,0 Prozent jährlich gewachsen.

Vor dem Hintergrund der spannungs- und korruptionsreichen Videonovela der politischen Konjunktur sind strukturelle sozioökonomische und territoriale Probleme, die mit der schon 1988 eingeführten Liberalisierungsstrategie zusammenhängen, aus der öffentlichen Debatte nahezu verschwunden. Zwar versucht Fox - bislang ohne jeden Erfolg - „strukturelle Reformen" durchzuführen, wie etwa die Privatisierung der mexikanischen Erdölgesellschaft PEMEX und des öffentlichen Stromunternehmens CFE sowie die Einführung einer Mehrwertsteuer von 15 Prozent auf bislang steuerfreie Medikamente und Lebensmittel. Doch die Chance, dass diese Initiativen im Abgeordnetenhaus tatsächlich beschlossen werden, ist unter den gegenwärtigen Bedingungen im Kongress denkbar gering einzuschätzen. Nach den Parlamentswahlen vom Juli 2003 verblieben der PAN nur noch 153 von zuvor 202 Sitzen, während PRI und PRD ihre Fraktionen von 207 auf 224 (PRI) sowie von 52 auf 95 (PRD) vergrößern konnten. Damit stellt die Regierungspartei heute weniger als 30 Prozent der Abgeordneten im Kongress.

Im Folgenden werden, unabhängig von der politischen Konjunktur, zunächst die Kernelemente und Probleme der schon Ende der achtziger Jahre eingeführten Liberalisierungsstrategie beleuchtet, um anschließend deren wichtigste Effekte für die gegenwärtige Wirtschaftssituation aufzuzeigen.

Die Liberalisierungsstrategie seit Ende der achtziger Jahre

Seit 1988 - mit dem Inkrafttreten des ersten Wirtschafts- und Solidaritätspakts (Pacto de Solidaridad Económico) und dem Antritt der neuen Regierung von Carlos Salinas de Gortari - wird in Mexiko eine Variante der exportorientierten Industrialisierung, die „Liberalisierungsstrategie" genannt werden kann, verfolgt (Dussel Peters 2000). Diese Strategie geht von einigen Zielen und Prämissen aus, die im direkten Gegensatz zur zuvor verfolgten importsubstituierenden Industrialisierung (ISI) stehen.

1. Die makroökonomische Stabilität soll eine sektoriale und mikroökonomische Transformation bewirken. Die öffentlichen Ausgaben sollen dabei auf ein Minimum reduziert und stattdessen eine neutrale oder „horizontale" Politik verfolgt werden, die - im Unterschied zu einer gezielten Steuerungspolitik, wie sie in Mexiko seit den vierziger Jahren betrieben wurde - alle Haushalte, Regionen, Firmen und Sektoren gleich behandeln sollte. Ziel einer solchen Entwicklungspolitik sind vor allem Einsparungen im Staatshaushalt und der Abbau von Markthemmnissen.
2. Das Hauptziel der staatlichen Wirtschaftspolitik ist somit makroökonomische Stabilität. Darunter versteht die Regierung seit 1988 - übrigens im Gegensatz zur makroökonomischen Theorie (einschließlich des neoklassischen Denkansatzes), die stets alle Variablen wie Beschäftigung, Löhne, Investitionen und den Konsum berücksichtigt - vor allem die Geldwertstabilität, die Reduzierung des Haushaltsdefizits sowie die Anwerbung von Auslandsinvestitionen. Diese makroökonomischen Prioritäten der Liberalisierungsstrategie finden ihren Rückhalt in der restiktiven Geld- und Kreditpolitik der mexikanischen Zentralbank, Banco de México.
3. Der nominelle Wechselkurs wird als „Antiinflationsanker" genutzt. Anders ausgedrückt: Da die Kontrolle der Inflation ein zentrales Ziel der Wirtschaftspolitik darstellt, schließt sie die Möglichkeit einer gezielten Währungsabwertung aus, da diese sich durch die Preiserhöhung für Importgüter negativ auf den Geldwert auswirken würde. Die daraus resultierende Überbewertung des mexikanischen Peso ist aus dieser Perspektive lediglich ein „notwendiges Übel".
4. Nachdem das Banken- und Finanzsystem seit Mitte der neunziger Jahre privatisiert wurde und auch viele Staatsbetriebe private Besitzer bekamen, spezialisiert sich die private Industrie auf exportierbare Industriegüter. Zugleich ist es der Industrie aufgrund der Importliberalisierung - Erweiterung von Importquoten, Abbau nicht-tarifärer Handelsbeschränkungen und einer bedeutenden Zollsenkung - nun möglich, Importgüter zu internationalen Preisen einzukaufen.
5. Da Löhne aus dieser Perspektive der wichtigste Inflationsfaktor waren, werden Niedriglöhne zu einem wichtigen Bestandteil der Liberalisierungsstrategie. So haben die Regierungen seit 1988, teilweise auch schon früher, immer nur einen Teil der regierungsnahen Gewerkschaften anerkannt, die somit berechtigt waren, Lohnverhandlungen mit den Unternehmen zu führen. Ein Großteil der Gewerkschaften wurde hingegen für illegal erklärt. Dieser Prozess, der mit gewalttätiger Unterdrückung von unabhängigen Gewerkschaften während der achtziger und neunziger Jahre einherging, ermöglichte eine rückwirkende Indexierung der Löhne, deren Anstieg zum Jahresende regelmäßig unter der Inflationsrate blieb.

Diese Strategie wurde sowohl von den Regierungen von Carlos Salinas de Gortari als auch von Ernesto Zedillo und Vicente Fox zumindest bis Anfang 2004 kohärent verfolgt. Die staatliche Industriepolitik war dabei stets funktionaler Bestandteil der Liberalisierungsstrategie. Im Gegensatz zur aktiven Industriepolitik im Zuge der Importsubstituierung wurde diese seit Ende der achtziger Jahre drastisch zurückgefahren, sowohl in Hinblick auf die Finanzierungsmöglichkeiten als auch auf die Förderprogramme. Die alte Industriepolitik mit dem Ziel der Förderung einer gemischten Wirtschaft, bei der prioritäre Sektoren besonders zu unterstützen waren, wurde nun ersetzt durch eine Politik der schlanken Institutionen, die sich vor allem zum Ziel setzte, die Bürokratie zu reduzieren und die Rahmenbedingungen zu definieren, unter denen der Markt sich frei entfalten kann.

Ähnlich änderte sich der Auftrag der Entwicklungsbanken, historisch gesehen eine der Hauptsäulen der industriellen und regionalen Entwicklung. Diese vergaben jetzt bestenfalls Bürgschaften für die Handelsbanken, damit diese wiederum Kredite zu Zinssätzen vergeben konnten, die den Marktsätzen entsprachen. Entsprechend den Leitsätzen der Liberalisierungsstrategie war die Industriepolitik schlank (*lean*) und billig; ihre Hauptinstrumente konzentrierten sich nicht mehr auf direkte Förderung, sondern auf jene Mechanismen, unter denen die öffentliche Hand keine Ausgaben machte.

Wichtigste sozioökonomische Entwicklungen seit der Liberalisierungsstrategie

Die politische Transition in Mexiko war relativ erfolgreich. Nach über 70 Jahren PRI verlief der Regierungswechsel seit Ende 2000 im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern vergleichsweise gewaltlos. Allerdings liegt bislang keine neue sozioökonomische Entwicklungsstrategie vor. Bis März 2004 sind in fast dreieinhalb Jahren Fox-Regierung keine sozioökonomischen Prioritäten festzustellen, der engste Beraterkreis des Präsidenten konzentriert sich auf kurzfristig wirksame *Public Relations*, nicht auf inhaltliche Programmatik.

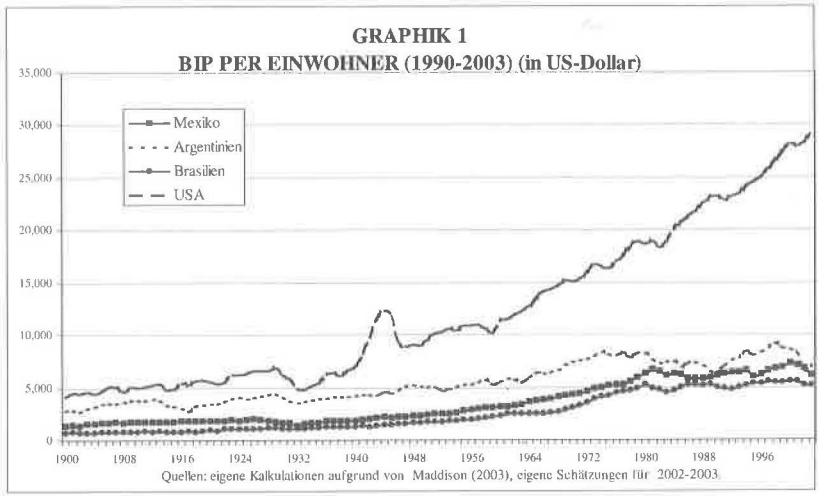
Dabei sind die Widersprüche und tiefgreifenden strukturellen Tendenzen in der wirtschaftlichen Entwicklung eklatant. Was sind nun die wichtigsten Tendenzen, die im Zusammenhang der oben skizzierten Liberalisierungsstrategie zu nennen sind?

Zunächst gilt es, anzuerkennen, was nicht der Ironie entbehrt, dass die Liberalisierungsstrategie - gemessen an ihrer eigenen Zielsetzung - seit 1988 durchaus erfolgreich war. Die Inflation ist seit 1988 bedeutend zurückgegangen. Mit Ausnahme des Zeitraumes 1995/1996 lag sie unter 20 Prozent, seit 2000 gar unter zehn Prozent und damit erheblich unter den Werten der achtziger Jahre. In gleicher Weise ist das Haushaltsdefizit als Anteil vom BIP - als Resultat einer umfangreichen Reduzierung der Staatsausgaben, etwa in Bereichen der öffentlichen Investitionen - auf Werte unter jährlich drei Prozent zurückgegangen. In einigen Jahren wurde sogar ein bedeutender Überschuss erzielt. Dieser „Erfolg" relativiert sich allerdings, wenn man die immensen Ausgaben für die Sanierung der privatisierten Banken (FOBAPROA/IPAB) nach der Krise von 1994/1995 - eine de facto Sozialisierung privater Verluste - einkalkuliert; diese Summe liegt heute bei etwa 20 Prozent des BIP. Nach Berechnungen der CEPAL beläuft sich das „reale" Haushaltsdefizt in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auf über fünf Prozent des BIP (CEPAL 2001).

Die Auslandsinvestitionen und insbesondere die ausländischen Direktinvestitionen haben in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre Durchschnittswerte von jährlich über 13,5 Milliarden US-Dollar erreicht, was Mexiko zu einem der weltweit erfolgreichsten Fälle für die Anwerbung von Auslandsinvestitionen seit dem Zweiten Weltkrieg macht. Schließlich sind, wie von der Liberalisierungsstrategie geplant, die mexikanischen Exporte zwischen 1988 und 2000 im Jahr durchschnittlich um 15,1 Prozent gestiegen, auch wenn die Wachstumsdynamik seitdem deutlich zurückgegangen ist. So machen die Exporte seit Mitte der neunziger Jahre über 25 Prozent des BIP aus, eine deutliche Steigerung gegenüber einem Anteil von weniger als 15 Prozent Ende der achtziger Jahre.

Trotz dieser scheinbaren Erfolge ist es wichtig, auf andere sozioökonomische Dimensionen hinzuweisen, besonders im internationalen Vergleich, im Hinblick auf die Struktur der industriellen Produktion und die Einkommensverteilung.

Eine Übersicht über die Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens (PKE) in Lateinamerika (siehe Grafik 1) zeigt, dass aus einer historischen Perspektive etwa das Pro-Kopf-Einkommen in Argentinien von 1990 bis 2001 zwar sehr



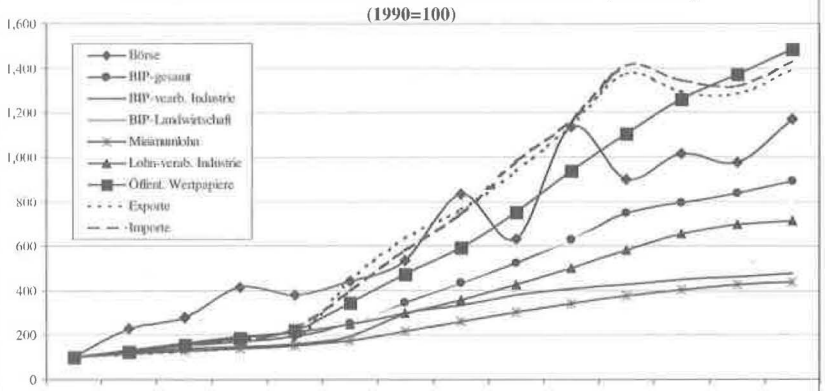
viel stärker als in Brasilien und Mexiko gestiegen, seitdem jedoch dem von Brasilien und Mexiko wieder vergleichbar ist. In allen drei Ländern liegt das PKE 2003 unter dem Niveau von 1980, in Mexiko ist das PKE in diesen 23 Jahren um 3,6 Prozent gefallen.

Das heißt, die neunziger Jahre waren offenbar nicht besser als das „verlorene Jahrzehnt" der achtziger Jahre. Auffallend ist auch, dass die Schere zwischen dem PKE dieser Länder und den USA seit 1980 stark angewachsen gewachsen ist: Im Fall Mexikos betrug das Pro-Kopf-Einkommen 1980 noch 33,85 Prozent des US-Niveaus, 23 Jahre später ist dieser Wert auf 20,85 Prozent gefallen.

Allgemein ist in Mexiko eine scharfe Umverteilung des BIP seit Anfang der neunziger Jahre zu verzeichnen. Insbesondere sind diejenigen Teile der Bevölkerung, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft abhängig sind, die Verlierer der Entwicklungsstrategie. Doch auch der Agrarsektor und - was erstaunen mag - die verarbeitende Industrie haben seitdem entscheidend verloren. Demgegenüber sind die Anteile der Ein- und Ausfuhren, vor allem aber des Finanz- und Börsensektors stark angestiegen. Grafik 2 zeigt, dass die Mindestlöhne von 1990 bis 2003 um 336 Prozent gewachsen sind, während die öffentlichen Wertpapiere (*Certificados de la Tesorería de la Federación a 28 días,* CETES) um 1.382,7 Prozent gewachsen sind, also ähnlich rasant wie Exporte, Importe und die Börse. Diese unterschiedlichen Wachstumsraten weisen auf eine Umverteilungsdynamik hin, die sich insbesondere gegen Lohnabhängige und den produktiven Sektor Mexikos richtet.

Wie eingangs ausgeführt, hat die Liberalisierungsstrategie wichtige Fortschritte hinsichtlich der Exportorientierung gebracht, so dass die Exporte seither zur wichtigsten Quelle des Wirtschaftswachstums geworden sind. Die

GRAPHIK 2
NOMINELLE WACHSTUMSRATEN VON SEKTOREN (1990-2003)
(1990=100)

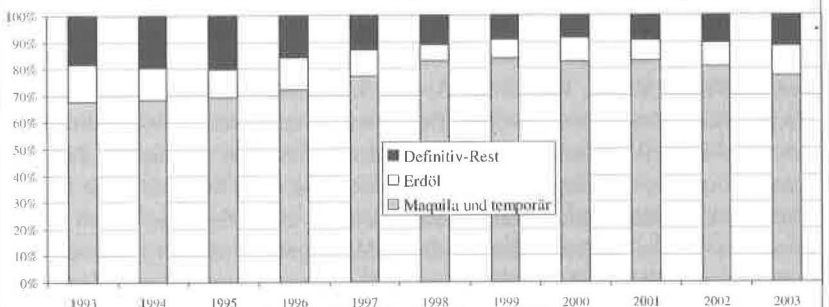


Quelle: eigene Kalkulationen aufgrund von CEPAL (2003) und PEF (2003).

nordamerikanische Freihandelszone NAFTA und die Peso-Abwertung 1994-1995 haben das Exportwachstum gefördert (World Bank 2003). Es ist jedoch wichtig, die Struktur der mexikanischen Exporte genauer zu betrachten, um ihre Logik und vor allem ihre extrem starke Importabhängigkeit zu verstehen. Bis 2003 hat der Exportsektor diese Abhängigkeit nicht etwa überbrückt, sondern im Gegenteil weiter vertieft. Paradigmatisch dafür ist die *Maquiladora*-Industrie, also der Import von Einzelteilen zur Weiterverarbeitung in Mexiko mit anschließendem „Rück-Export", deren nationale Inputs am Gesamt-Input zwischen 1980 und 2003 bei gerade mal 2 bis 4 Prozent lagen.

Erstaunlich wenige Analysen haben sich bislang mit der „Rationalität" dieser temporären Importe befasst. Ein politischer und wissenschaftlicher Schlagabtausch „für oder gegen *Maquiladoras*", wie er bisher geführt wurde, erscheint jedenfalls ungenügend. Im Unterschied zu einer Perspektive, die nur von den *Maquiladoras* ausgeht, ist die Bestimmung der „temporären Importe zum Export" (TIE) empirisch breiter und theoretisch deutlicher, da sie neben den *Maquiladoras* auch andere Exportförderungsprogramme beinhaltet.[1] Insgesamt machen die TIE zwischen 1993 und 2003 78.59 Prozent der gesamten mexikanischen Exporte aus (siehe Graphik 3).

GRAPHIK 3
TEMPORÄRE IMPORTE ZUM EXPORT (1993-2003) (Prozent der Gesamtexporte)



Quellen: eigene Kalkulationen aufgrund von SIC-M (Banconext).

Rechtlicher und wirtschaftlicher Ausgangspunkt der TIE seit dem ersten Dekret 1965 (*Programa Nacional Fronterizo*) ist, dass keine Mehrwert- und Einkommensteuern und keine Zölle fällig werden. Es wird nur vorübergehend importiert, sonst müssten Zölle gezahlt werden (Schatán 2002). Dies erklärt die relativ primitiven Prozesse der TIE und zugleich die schwache Einkommensstruktur des mexikanischen Haushaltes: Der Exportanteil des BIP wächst

1 Neben dem 1965 eingeführten *Maquiladora*-Programm ist beispielsweise auch das PITEX-Programm (*Programa de Importación Temporal para su Exportación*) von Bedeutung.

ständig, ohne dass auch die Steuereinnahmen wachsen würden. Zugleich macht diese Handelsspezialisierung die Widersprüche der mexikanischen Wirtschaft deutlich: Die ursprünglichen Anreize für Industrieansiedlung, in den sechziger Jahren hauptsächlich im Norden Mexikos, haben sich seit den achtziger Jahren massiv ausgeweitet und sich dabei zu „Gegenanreizen" zur Integration für den Rest der Wirtschaft gewandelt. Während die TIE weder Steuern noch Zölle zahlen, muss der Rest der Wirtschaft - auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) - Abgaben in einer Höhe von bis zu 70 Prozent des Endpreises zahlen. Aus dieser Perspektive sind mexikanische Anbieter zwangsläufig „teuer" und können nicht mit den importierten Inputs konkurrieren. Damit ist und bleibt die Exportorientierung stark von Importen abhängig.

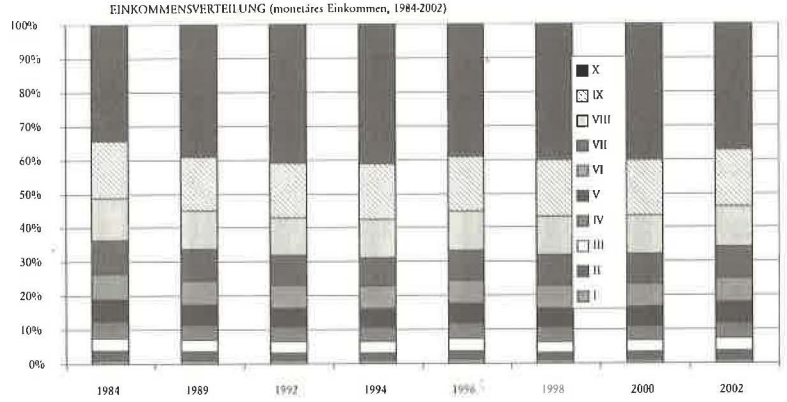
Aufgrund der rechtlichen Anreize besteht keine Aussicht, einen höheren nationalen Wertschöpfungsanteil zu erzielen. Dieser Prozess wird durch die „Erosion" von NAFTA, also die globale und lateinamerikaweite Liberalisierung von Zöllen und anderen Handelshemmnissen sowie durch den Investitionsschutz für ausländische Investoren in einer Reihe von bilateralen Handelsabkommen mit den USA, noch verschärft.

Die Schwäche dieses „Akkumulationsmotors" der Exportindustrie spiegelt sich auch deutlich auf dem mexikanischen Arbeitsmarkt und in der Qualität der neu geschaffenen Arbeitsplätze wider. Zwischen 1991 und 2003 hat der formale Arbeitsmarkt in Mexiko - also diejenigen Arbeitsplätze, die im *Instituto Mexicano del Seguro Social* (IMSS) registriert sind - jährlich 524.000 Arbeitsplätze geschaffen, was einem Anteil von gerade 31,09 Prozent der stetig wachsenden ökonomisch aktiven Bevölkerung entspricht. Umgekehrt heißt das, dass fast 70 Prozent, also 9,9 Millionen Personen, in diesem Zeitraum *keinen* formalen Arbeitsplatz gefunden haben. Da es in Mexiko keine Arbeitslosenunterstützung gibt, bedeutet dies, dass sie entweder eine Arbeit im informellen Sektor suchen oder in die USA migrieren müssen, um ein Einkommen zu erhalten. Zusätzlich hat die Qualität der Beschäftigung im selben Zeitraum abgenommen: Die realen Mindestlöhne machen nach CEPAL-Berechnungen im Jahre 2003 weniger als 30 Prozent des Lohnniveaus von 1980 aus (CEPAL 2003). Wichtigster Beschäftigungsmotor war die Bauindustrie, die weit geringere Löhnen als der Rest der mexikanischen Wirtschaft zahlt (Dussel Peters 2004).

Bemerkenswert ist auch, dass der Anteil der im IMSS registrierten Arbeitsplätze an der ökonomisch aktiven Bevölkerung zwischen 1991 und 2003 von 36,3 auf 34,6 Prozent gefallen ist. Diese Tendenz zur Informalisierung hat seit 2001 zugenommen: in den Jahren von 2001 bis 2003 sind nur 573.000 Arbeitsplätze geschaffen worden, also nur für weniger als 20 Prozent der anwachsenden Erwerbsbevölkerung. Zudem wurde in Mexiko die Schere zwi-

GRAPHIK 4

EINKOMMENSVERTEILUNG (monetäres Einkommen, 1984-2002)



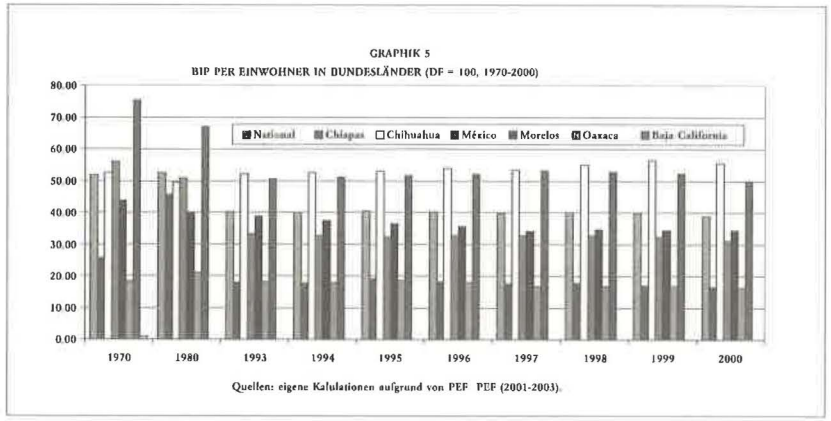
Quellen: eigene Kalkulationen aufgrund von PEF (2003)

schen Lohn- und Produktivitätssteigerungen, insbesondere in den exportorientierten Branchen, weit geöffnet. Während beispielsweise in der *Maquiladora* die Löhne zwischen 1990 und 2003 um zehn Prozent angestiegen sind, hat die Produktivität in derselben Zeit um 115 Prozent zugenommen.

In Mexiko ist seit den neunziger Jahren im Zuge der Liberalisierungsstrategie nicht nur wenig Beschäftigung geschaffen worden, die weit hinter den demographischen und sozialen Erfordernissen zurückblieb, sondern auch deren Qualität hat abgenommen. Die neuen Arbeitsplätze konzentrieren sich in Sektoren, deren Löhne gar unter dem Rest der mexikanischen Wirtschaft liegen. Von einer „Konvergenz" zwischen den Löhnen in den USA und Mexiko, mit der einst für NAFTA geworben wurde, kann keine Rede sein.

Zwei weitere Faktoren sind zudem von Bedeutung: die Verschlechterung der Einkommensverteilung sowie die territoriale Polarisierung in Mexiko seit Beginn der Liberalisierungsstrategie. Zwischen 1984 und 2002 hat sich die Verteilungsstruktur des Geldeinkommens dramatisch verschlechtert. Mit dem Beginn der Liberalisierungsstrategie hat sich das reichste Zehntel der Bevölkerung[2] bis 1994 über sechs Prozent mehr des Gesamteinkommens angeeignet und brachte es 1994 auf 41,24 Prozent des gesamten Einkommens. Seither, besonders seit 2000, ist der Anteil des reichsten Zehntels wieder gefallen, was mit dem Rückgang der Zinseinnahmen und im Kontext eines Schrumpfungsprozesses der Einkommen zu erklären sein dürfte. Alle anderen Dezile haben ihren Einkommensanteil im Jahrzehnt 1984 bis 1994 fallen sehen, vor allem der Einkommensanteil des ärmsten Zehntels ist in dieser Dekade von 1,18 auf

2 Die Einkommensverteilung wird in Zehntel (Dezile) aufgeteilt; deren Spektrum reicht vom ersten (ärmsten) bis zum zehnten (reichsten) Dezil.



nur noch 1,01 Prozent 1994 gefallen (siehe Grafik 4). Trotz der seit 1994 wieder leicht steigenden Werte, bedeutet dieser Prozess in absoluten Werten einen bedeutenden Einkommensverfall, da insbesondere die ärmsten Dezile stärker als die reicheren Haushalte von Löhnen für ihr Einkommen abhängig sind.

Dieser Polarisierungsprozess in Mexiko lässt sich seit Beginn der Liberalisierungsstrategie auch territorial feststellen. Grafik 5 zeigt, dass das Pro-Kopf-Einkommen sich je nach Bundesstaat seit den siebziger Jahren zuungusten der ärmsten Bundesstaaten ständig verschlechtert hat. Während das PKE der Hauptstadt (*Distrito Federal*) im Vergleich zum nationalen PKE zwischen 1970 und 1980 konstant geblieben ist, geht diese Schere in den vergangenen beiden Jahrzehnten ständig weiter auf. Das Verhältnis ist von Werten von über 50 Prozent in den siebziger und achtziger Jahren auf weniger als 40 Prozent in den neunziger Jahren gefallen. Das Verhältnis ist auch für die ärmsten Bundesländer seit 1980 ständig gefallen: in Chiapas, Oaxaca und Guerrero beträgt das PKE weniger als 17 Prozent des Niveaus von Mexiko-Stadt, mit fallender Tendenz seit den achtziger Jahren. Dieses „Nord-Süd Gefälle" hat sich somit seit Beginn der Liberalisierungsstrategie verschärft, da die nördlichen Bundesstaaten - unabhängig von den damit verbundenen Schwierigkeiten - an den exportorientierten Prozessen stärker beteiligt waren, während die Bundesstaaten südlich von Mexiko-Stadt von diesen Prozessen ausgeschlossen blieben.

Fazit

Mexiko befindet sich auch 2003 noch in einer tiefen sozioökonomischen und politischen Krise. Politisch bietet keine der existierenden Parteien eine Strategie zur Bewältigung dieser Strukturkrise, eher spiegelt sich in ihnen die oft beschworene „Misere der Politik" wider. Die wichtigsten mexikanischen Parteien Mexikos haben eher mit sich, ihren internen Machtkämpfen und Image-Problemen zu tun, als eine kurz-, mittel- und langfristige Strategie für ein Land mit 105 Millionen Einwohnern zu entwickeln. Seit dem Regierungswechsel 2000 hat die den Parteien eigene Dynamik eine öffentliche Diskussion über solche Alternativen nicht ermöglicht. Deutlich ist nur: Das Wahlversprechen auf Beschäftigung mit Qualität ist nicht erfüllt worden.

Insgesamt lässt sich seit Beginn der 1988 einsetzenden Liberalisierungsstrategie, besonders aber für die letzten Jahre, ein dramatischer Polarisierungsprozess konstatieren, in dem nur wenige Haushalte, Sektoren, Branchen und Bundesstaaten eine positive Entwicklung zu verzeichnen haben. Dieser Polarisierungsprozess ist nicht mit der oft zitierten „Heterogenität" zu verwechseln, denn die existierende Heterogenität hat sich in Mexiko im Zuge des Liberalisierungsprozesses signifikant verschärft. Seit Ende der achtziger Jahre bis zum Jahre 2003 liegt das Pro-Kopf-Einkommen regelmäßig unter den Werten von 1980, die Wirtschaft hat es seitdem nicht vermocht, ausreichend Beschäftigung - nicht einmal mit den mexikanischen Niedriglöhnen - zu schaffen. Seit dem Regierungswechsel Ende 2000 hat sich die sozioökonomische Situation verschärft: die verarbeitende Industrie und insbesondere die *Maquiladora* befinden sich in einer tiefen Krise. Bis 2003 wurden jeweils insgesamt 16,7 Prozent und in der *Maquiladora*-Industrie sogar 24,13 Prozent der Arbeitskräfte entlassen. Das begründet sich unter anderem dadurch, dass Mexiko seit Ende der neunziger Jahre sowohl mit Asien, und dort insbesondere mit China, als auch zunehmend mit Mittelamerika im Standortwettbewerb liegt. Da in beiden Regionen die Löhne und Lohnnebenkosten noch weit niedriger liegen, hat sich ein Teil der Maquila - besonders in Branchen wie der Elektronik- und Textilindustrie zunehmend in diese Regionen verlagert.

Allgemein liegen die tieferen Ursachen dieser Polarisierung im ungleichen Spezialisierungsprozess des Landes. Die importabhängigen Exporte - hier als temporäre Importe zum Export (TIE) bezeichnet - legen die Wirtschaft sowohl auf einen chronisch niedrigen Wertschöpfungsanteil als auch auf eine anhaltende Schwäche des öffentlichen Haushaltes fest.

Von selber wird der hier skizzierte Polarisierungsprozess sich nicht abschwächen, im Gegenteil: Der soziale und politische Druck in Haushalten, Branchen, Sektoren und Bundesstaaten wird eher zunehmen. Eine grundlegende Diskussion um Auswirkungen und die wirtschaftspolitischen Alternativen zur Liberalisierungsstrategie scheint unausweichlich. Es bleibt zu hoffen, dass dies mittelfristig auch die eine oder andere der politischen Parteien begreift - ganz zu schweigen vom Präsidenten, der noch immer im „Wunderland" Mexiko zu leben scheint.

Literatur

CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe) (2001): México: evolución económica en 2000, México.
CEPAL (2003): México: evolución económica en 2002, México.
Dussel Peters, Enrique (2000): Polarizing Mexico. The Impact of Liberalization Strategy, Boulder, Colorado.
Dussel Peters, Enrique (2004): Efectos de la apertura comercial en el empleo y el mercado laboral en Argentina, Brasil y México, (im Druck).
Schatán, Roberto (2002): Régimen tributario de la industria maquiladora, in: Comercio Exterior, Band 52, Nr. 10, S. 916-926.
World Bank (2003). Lessons from NAFTA for Latin America and Caribbean Countries: A Summary of Research Findings, Washington.

Frühere Beiträge zu Mexiko im Lateinamerika-Jahrbuch:

Wolfgang Gabbert, Vom »Wohlfahrtsstaat« à la Mexicana zum Sozialen Liberalismus, in: Lateinamerika. Analysen und Berichte Band 17, Markt in den Köpfen, Horlemann Verlag Bad Honnef 1993

Sergio Zermeño, Die Intellektuellen und der mexikanische Staat im verlorenen Jahrzehnt, in: Lateinamerika. Analysen und Berichte Band 17, Markt in den Köpfen, Horlemann Verlag Bad Honnef 1993

Barbara Beck und Marianne Braig, Mexiko im Schatten (s)einer Revolution, in: Lateinamerika. Analysen und Berichte Band 18, Jenseits des Staates, Horlemann Verlag Bad Honnef 1994

Wolfgang Gabbert, Vorwärts in die Vergangenheit. Finanzkrise und Refeudalisierung der Politik in Mexiko, in: Lateinamerika. Analysen und Berichte Band 19, Sport und Spiele, Horlemann Verlag Bad Honnef 1995

Barbara Beck und Marianne Braig, Mexiko: Der lange Schatten des Salinismus, in: Lateinamerika. Analysen und Berichte Band 20, Offene Rechnungen, Horlemann Verlag Bad Honnef 1996

IngoBultmann: Mexiko: zwischen Demokratie und Bürgerkrieg, in: Lateinamerika. Analysen und Berichte Band 22, Die Macht und die Herrlichkeit, Horlemann Verlag Bad Honnef 1998

Anne Huffschmid, Von Masken und Märkten Das „post-demokratische" Mexiko, in: Jahrbuch Lateinamerika, Analysen und Berichte Band 25, Beharren auf Demokratie, Westfälisches Dampfboot, Münster 2001

Margarita López Maya

Venezuela 2002-2003: Konfrontation und Gewalt

Seit Ende 2001 durchlebt Venezuela aufreibende Zeiten. Der Kampf um die Hegemonie zwischen den Anhängern zweier politischer Projekte ist in eine neue Phase getreten, die charakterisiert ist durch immer neue Aufstandsversuche von Seiten der Opposition. Ziel ist - und bleibt - dabei die Beseitigung des Präsidenten Hugo Chávez Frías. Das Ergebnis war zunächst ein nur kurzfristig erfolgreicher Staatsstreich im April 2002 und dann zwischen Dezember 2002 und Februar 2003 ein schließlich ebenfalls gescheiterter Arbeitgeberstreik, bei dem die staatliche Ölgesellschaft *Petróleos de Venezuela* (PDVSA) von der Geschäftsführung lahmgelegt wurde.

Seit Anfang 2004 zeigen verschiedene Wirtschaftsindikatoren eine deutliche Erholung der Produktion des Landes, und die Sozialprogramme belegen den Willen der Regierung, die schwerwiegenden Probleme des sozialen Ausschlusses und der Ungerechtigkeit, an denen das Land leidet, zu lösen. Die Gesellschaft sitzt freilich wieder einmal wie auf heißen Kohlen angesichts der politisch-sozialen Turbulenzen, die sich als Ergebnis der neuen Oppositionsstrategie, die Absetzung des Präsidenten über ein Referendum zu suchen, erneut verschärft haben.

Die internationale und die nationale Dimension des venezolanischen Konflikts

Die dramatischen Ereignisse, die die venezolanische Gesellschaft in den letzten Jahren erschüttert haben, finden vor dem Hintergrund einer tiefen Krise statt, die nun schon seit über zwei Jahrzehnten anhält. Diese gesellschaftliche Krise ergibt sich aus einer Reihe von nationalen Bedingungen sowie auch aus Faktoren und Prozessen, die ihren Ursprung in den Veränderungen haben, die sich international als Ergebnis der neoliberalen Globalisierung vollziehen.

International hat die venezolanische Krise mit den Veränderungen in den Beziehungen der zentralen kapitalistischen Länder mit der Peripherie zu tun, die seit Ende der siebziger Jahre sichtbar wurden und in der „Schuldenkrise", die Lateinamerika in den achtziger Jahren verheerend traf, ihren dramatischsten Ausdruck fand. Die Wirtschaft Venezuelas erlebte ihren „Schwarzen

Margarita López Maya ist Professorin für Politische Geschichte an der Universidad Central in Caracas.
Jahrbuch Lateinamerika. Analysen und Berichte, Band 28, Medien und ihre Mittel, 2004, S. 187-201